

aggressiver wird

auf drastische Slogans – mit einem klaren Ziel.

Man wolle «alle Schweizerinnen und Schweizer mobilisieren, die eine massvolle und eigenständig gesteuerte Zuwanderung wollen».

Dafür nutze die Partei sämtliche Mittel, angesichts der «massiven Kampagne der Gegner». Rund sechs Millionen Kampagnengelder haben die Befürworter der Finanzkontrolle gemeldet, die Gegner haben neun Millionen zur Verfügung.

Zwei Debatten in der Stadt versus auf dem Land

Der Zürcher SVP-Präsident Domenik Ledergerber spricht von einer zusätzlichen Kampagne, «welche die drängendsten Probleme der masslosen Zuwanderung auf den Punkt bringt». Sie sei aus der Jungpartei hinaus entstanden, welche die «Scheinargumente der Gegner unverblümt» habe kontern wollen.

Die Gegner rufen ihre Leute dazu auf, das Computerspiel der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus zu melden. Gestern Morgen war die Website des Spiels bereits nicht mehr erreichbar. Anian Liebrand, Geschäftsführer des Egerkinger Komitees, sagt, er wisse nicht, weshalb das Spiel nicht mehr auffindbar sei. Die Vorwürfe, es sei fremdenfeindlich, sehe das Komitee «relativ locker». Es gehe im Spiel nicht um einzelne Menschen, sondern um «die vielen Missstände mit Migration und Kriminalität».

Im rechten Lager wird es lauter, im linken Lager wurde von Anfang an eher aggressiv mobilisiert. Die SP wirbt etwa mit einem Bild des mürrischen US-Präsidenten Donald Trump und dem Slogan «Jetzt mit Europa brechen?» gegen die Initiative. Und die Gewerkschaften sprechen ihre Basis mit dem Slogan «Weniger Lohn – weniger Rente?» an. Eine Argumentation zielt aufs grosse Ganze, die andere auf das Portemonnaie der Leute.

SP-Co-Präsident Wermuth sagt, er nehme ganz unterschiedliche Debatten während dieses Abstimmungskampfes wahr. Eine in eher urbanen Gebieten, in Boomregionen, in denen stabile



«Wir wollen alle ansprechen, die eine massvolle Zuwanderung wollen.»

Marcel Dettling
SVP-Präsident

Beziehungen zur EU als wichtig für Wohlstand und Arbeitsplätze wahrgenommen würden. Und eine, die eher auf dem Land stattfindet, wo Wermuth teilweise einen «grossen Frust» der Leute spürt. Diesen instrumentalisiere die SVP, «ohne sich für tatsächliche Lösungen einzusetzen».

Und wo sind im Abstimmungskampf die Leute der bürgerlichen Mitte? Denn dort, das zeigen die bisherigen Umfragen, wird diese Abstimmung entschieden – so wie schon frühere Migrationsabstimmungen in der bürgerlichen Mitte entschieden wurden. An den Polen, links und rechts, sind die Meinungen längst gemacht. «Die Parteien in der Mitte wissen nicht wirklich, wie sie mit dieser Frage umgehen sollen», sagt Michael Hermann. «Sie haben keine Rezepte für das Unbehagen der Leute.»

Basis von FDP und Mitte gespalten

Ein Unbehagen, das auch Teile der Basis von Mitte und FDP erfasst hat. Noch im Parlament waren beide Parteien gegen die Initiative (die FDP geschlossen, die Mitte mit verschiedenen Enthaltungen und auch Ja-Stimmen). Die Basis ist hingegen gespalten – bei beiden Parteien. Laut der letzten Tamedia-Umfrage will etwas mehr als jeder zweite FDP-Sympathisant ein Ja einlegen, bei der Mitte sind es 47 Prozent. Was vor allem für die FDP eine spezielle Situation ist – da die Partei den Lead im Abstimmungskampf

hat. Der grösste Teil des Budgets stammt von Economiesuisse und der SP. Die FDP hat 130'000 Franken Kampagnenbudget gemeldet und die Mitte 100'000 – doch das Geld stammt laut der Finanzkontrolle vom Wirtschaftsverband.

«Es ist ein diffuses Gefühl bei den Leuten zu spüren. Ein Gefühl von: Irgendwann ist es genug.» Das erzählt Susanne Vincenz-Stauffacher, Co-Präsidentin der FDP, über die Diskussionen an zahlreichen Delegiertenversammlungen ihrer Partei.

Sie weiss auch um die Umfragen, die eine gespaltene FDP zeigen. Aber: «Was mich optimistisch stimmt: An den Dele-



«Es ist ein diffuses Gefühl von 'irgendwann ist es genug' zu spüren.»

Susanne Vincenz-Stauffacher,
Co-Präsidentin der FDP

giertenversammlungen läuft es immer gleich. Aus dem diffusen Gefühl entsteht zuerst Sympathie für die Vorlage. Aber dann, wenn die Leute genügend informiert sind, gibt es immer ein deutliches Nein.»

Mitte-Präsident macht sich keine Sorgen um seine Leute

Bei der Mitte fallen die lauten parteiinternen Abweichler auf. Der Innerrhoder Ständerat Daniel Fässler und die Urner Ständerätin Heidi Z'graggen haben beide öffentlich Auskunft gegeben, weshalb sie Ja stimmen wollen.

«Die Initiative adressiert ein Problem, liefert aber keine Lösung», sagt Parteipräsident Philipp Matthias Bregy. Um seine Basis macht er sich keine Sorgen – trotz der abweichenden Stimmen. Seine Leute seien im Nein-Lager, sagt er und verweist auf das klare Nein der Delegierten.

Das Nein absichern wollen die Befürworter auch mit ihrem Plakat, das einen alten Mann im Rollstuhl zeigt, der verloren in die Kamera blickt, im Hintergrund eine Pflegerin. Die Botschaft, die auch SP-Bundesrat Beat Jans gern verkündet: Wird diese Initiative angenommen, kommt im Altersheim oder im Spital niemand mehr, wenn Sie um Hilfe klingeln.

Ein recht drastisches Bild – gerade für einen Bundesrat. Aber da ist er in diesem Abstimmungskampf nicht allein.

Brachliegendes Arbeitspotenzial besser nutzen

Fachkräftemangel Gastro-Suisse-Präsident Beat Imhof will Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren – mittels eines einjährigen Jobs in der Gastronomie.

Wie können Menschen einen Job finden, die eigentlich arbeiten wollen, aber den Einstieg nicht finden? Und wie kommt eine Branche, die dringend auf Nachwuchs und Fachkräfte angewiesen ist, zu Mitarbeitenden? Dies haben sich die Verbände Gastro Suisse und Hotelleriesuisse gefragt. Und sie glauben, eine Lösung gefunden zu haben.

Sie wollen brachliegendes Arbeitspotenzial besser nutzen. So ist es besonders für Geflüchtete nicht einfach, eine Ausbildung in der Gastronomie oder in der Hotellerie zu absolvieren: Für eine reguläre Lehre fehlen ihnen oft die nötigen Deutschkenntnisse und andere fachliche Voraussetzungen. «Zwar gibt es derzeit rund 40 verschiedene Integrationsprogramme, doch sind diese meist zu regional orientiert oder zu kurz, um erfolgreich integrieren zu können», sagt Beat Imhof, Präsident von Gastro Suisse.

Vier Tage Küche, einen Tag Schule

Davon hätten weder die Restaurants noch die Geflüchteten selbst etwas, da sie gar keine richtige Berufsroutine entwickeln könnten und die Sprachkenntnisse zu wenig gefördert würden.

Die Verbände erarbeiteten deswegen gemeinsam mit dem Arbeitnehmendenverband Ho-

tel & Gastro Union ein neues berufliches Integrationskonzept. Wie diese Redaktion weiss, soll dieses nun im Herbst eingeführt werden. Im Rahmen der angebotenen Integrationsjobs arbeiten die Geflüchteten ein Jahr lang in einem Gastrobetrieb. Sie sind bereits nach ein paar Wochen Grundkurs an vier Tagen pro Woche im Betrieb tätig. Am fünften Tag besuchen sie die Schule. Dort absolvieren sie Module zu Sprache und fachlicher Theorie. Das Programm ist damit eine etwas angepasste Kombination der bisherigen kürzeren Ausbildungsangebote Gastro Go und Progresso.

Im ersten halben Jahr soll die Anstellung mit Bundesgeldern, die den Kantonen für Integrationsmassnahmen zur Verfügung stehen, finanziell unterstützt werden. Im zweiten halben Jahr bezahlt der Betrieb den im

«Die bestehenden Programme sind oft zu regional orientiert oder zu kurz.»

Beat Imhof
Präsident Gastro Suisse

L-GAV vorgegebenen Mindestlohn. «Durch die Basisqualifikation Progresso liegt der Lohn der Geflüchteten gemäss Gesamtarbeitsvertrag am Ende des Jahres bereits 300 Franken über dem branchenüblichen Mindestlohn von 3713 Franken», sagt Beat Imhof. Er spricht von rund 50'000 Personen, die aufgrund ihres Status arbeiten dürfen. Häufig solche mit Schutzstatus S, also Ukrainerinnen und Ukrainer. Deren Potenzial soll nun mit dem neuen Angebot schneller im Arbeitsmarkt genutzt werden.

Nach diesem Jahr könnten die Absolventen des Programms entweder als gastronomische Mitarbeitende in den Betrieben weiterarbeiten oder aufgrund der erworbenen Fähigkeiten eine klassische Lehre mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis oder einem Berufsattest starten. Sie könnten aber auch in andere Berufsfelder wechseln und würden nun auch über wichtige Vorkenntnisse für solche Jobs verfügen, betont Imhof. Doch generell erhofft sich die Gastronomie, dass die Personen in der Branche bleiben. «Der Fachkräftemangel in unserer Branche ist gross und wird sich durch die demografische Entwicklung verstärken. Durch die Einführung dieses Konzeptes möchten wir vorhandenes Potenzial besser nutzen und un-

sere eigenen Fachkräfte ausbilden», sagt Imhof.

Basel-Stadt und Luzern starten ab Herbst

Das neue Integrationsprogramm kann aus Imhofs Sicht auch ein Teil der Lösung für die Herausforderungen sein, die durch die 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP, welche Gastro Suisse und Hotelleriesuisse bekämpfen, thematisiert werden.

Die Planungsarbeiten für dieses neue Ausbildungskonzept hätten allerdings schon lange vor der Initiative begonnen. Gestern wurde das neue Konzept nun im Rahmen eines Treffens mit Industrievertretern zum Thema Integration beim zuständigen Bundesrat Beat Jans vorgestellt. «Das war möglich, da wir nun mit Basel-Stadt und Luzern zwei Kantone gefunden haben, die bereit sind, das Konzept ab Herbst einzuführen. Und wir so testen können, wie gut es funktioniert», sagt Imhof. Auch andere Branchen stellten dem Bundesrat Projekte vor.

Das Ziel ist es laut Imhof, den neuen Integrationsjob bald national einzuführen. «Wir wollen Ordnung in die vielen verschiedenen Integrationssysteme bringen und das Arbeitskräftepotenzial besser nutzen.»

Christopher Gilb

und zuständig für die Beziehungen Genfs zu den Nachbarn: «Die französischen Behörden sind zunehmend alarmiert über die wachsende Ungleichheit in ihren Gemeinden. Wir spüren das in unseren Gesprächen.»

Auch Paris ist am Thema interessiert. So hat Frankreich in Brüssel für eine EU-weite Reform gewebelt, damit arbeitslose Frontaliers künftig vom Land, in dem sie arbeiten, finanziert werden. Auf die Schweiz kämen Mehrkosten in hoher dreistelliger Millionenhöhe zu.

Doch die negativen Effekte sind schon lange auch auf Schweizer Seite spürbar. Die Schweiz und Frankreich messen die Arbeitslosigkeit statistisch unterschiedlich; nimmt man jedoch die vergleichbaren Zahlen der internationalen Arbeitsorganisation, hat Genf eine höhere Arbeitslosigkeit als die umliegenden französischen Gebiete.

SVP-Nationalrätin Amaudruz sagt, Genf zahle einen hohen Preis. «Mehr als anderswo in der Schweiz ist die Kaufkraft der Bevölkerung bedroht – aufgrund des Drucks auf die Löhne, den Wohnungsmarkt, die Arbeitsplätze und die Infrastruktur.» Doch die Partei hat beim Thema Konkurrenz. 2005 formierte sich das Frontalier-kritische Mouvement Citoyens Genevois, das in Genf eine feste Grösse ist.

Schnelle Rezepte gibt es keine. Genf intensiviert derzeit den Wohnungsbau. 2025 errichtete der Kanton 3000 Wohnungen, Tausende weitere sind geplant. Ein Tropfen auf den heissen Stein.

56 Prozent des Pflegepersonals

In der Deutschschweiz wird das Thema stiefmütterlich behandelt. Zu Unrecht, sagt der Migrationsforscher Ganga Jey Aratnam: «Die Schäden im Tessin und in Genf werden als «Kollateralschaden» für den Gesamtprofit akzeptiert, weil es die Deutschschweiz nicht betrifft. Das ist weder föderalistisch noch nachhaltig.» Das Modell reduziere Menschen auf ihren wirtschaftlichen Nutzen, was gesellschaftlich problematisch sei. «Frei nach Max Frisch könnte man sagen: Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Arbeitskräfte.»

Wie eng in Genf alles verwoben ist, zeigt sich gerade jetzt: Während des G7-Gipfels im französischen Evian schlossen die Genfer Behörden einen Grossteil der Grenzübergänge aus Sicherheitsgründen – aber nicht für alle gleich hermetisch. Die Mitarbeitenden des Unispitals Genf erhalten einen Schnelldurchgang. 56 Prozent der 5700 Pflegekräfte kommen aus Frankreich.

Benno Tuchschild